

Landesnachrichten *aktuell*

Achtbarer Erfolg

Wie sich bereits in der letzten Zeit angedeutet hat, ist die **Verlagerung von Aufgaben der Nachlassgerichte auf Notare vom Tisch**. Im Gegensatz zum Punkt „Organisation des Gerichtsvollzieherwesens/Privatisierung“ war die Übertragung der Nachlasssachen nicht Gegenstand der letzten Justizministerkonferenz. Ein großer Erfolg für die Bayer. Justiz-Gewerkschaft. Unsere unermüdliche Arbeit auf allen Ebenen hat sich auszahlt. Wir bedanken uns bei allen, die uns bei den verschiedenen Aktionen (Gespräche und Diskussionen mit Politikern, Unterschriftensammlung, Presseerklärungen, Stellungnahmen etc.) unterstützt haben.

Auch Beamte erst mit 67 in den Ruhestand?

BBB warnt vor blindem Angleichungsaktionismus!

Nach der Ankündigung des Bayerischen Staatsministers der Finanzen, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, auch für Beamte das Ruhestandsalter auf 67 Jahre anheben zu wollen, warnt der Bayerische Beamtenbund (BBB) vor unüberlegten „Schnellschüssen“. „Wir brauchen intelligente Lösungen und nicht populistischen Angleichungsaktionismus, wenn wir dem demographischen Wandel wirksam begegnen wollen“, sagt BBB-

Vorsitzender Rolf Habermann. Wichtiger sei es einen flexiblen Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen, als schlicht die Altersgrenze nach oben zu verschieben. „Wer körperlich einfach nicht mehr in der Lage ist seine Arbeit zu verrichten, der wird auch durch noch so schöne Paragraphen nicht wieder einsatzfähig.“

Gespräch zum Doppelhaushalt 2007/2008 im Bayer. Landtag

Nachdem der Entwurf zum Doppelhaushalt 2007/2008 seitens der Bayerischen Staatsregierung dem Landtag zur Verabschiedung zugeleitet worden war, führten die Kollegen Eckert, Schatzl und Freytag Gespräche mit Fraktionsvize MdL Engelbert Kupka, dem stv. Vorsitzenden des Rechtsausschusses MdL Peter Weinhofer und dem haushaltspolitischen Sprecher MdL Dr. Helmut Müller, alle CSU. Themen waren unser 11-Punkte-Programm (Petition), die Absenkung der Wiederbesetzungssperren und die Personalkrise im Vorförderdienst in München (Petition). Es wurde seitens der Landesvorstandschaft an die Politiker appelliert, sich im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen den aufgezeigten Forderungen nicht zu verschließen und im Doppelhaushalt 2007/2008 die notwendigen Schritte zu ergreifen. Die Politiker standen unseren Argumenten sehr aufgeschlossen gegenüber und waren bereit, das Mögliche auch umzusetzen.

Bericht aus der aktuellen Frauenarbeit

Am 8.11.2006 hat der Frauenausschuss des Bayerischen Beamtenbundes seine Frauenvollversammlung durchgeführt, Für die BJG haben an dieser Veranstaltung die Landesfrauenvertreterin Westphely und die Frauenvertreterin des Bezirksverbandes Kempten, Kathrin Pfattischer, teilgenommen, Nach der Ansprache des Staatsministers der Bayerischen Staatskanzlei, Eberhard Sinner, den Grußworten der Vorsitzenden der dbb Bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer und des BBB Vorsitzenden Rolf Habermann, haben sich die Delegierten in drei Arbeitsgruppen geteilt. Die durch die Förderalismusreform bedingte

Dienstrechtsreform wurde dort im Hinblick auf die Erfordernisse der weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst besprochen. Kollegin Pfattischer hat an der Arbeitsgruppe mit den Themen u. a. Tarifbereich, Leistungselemente teilgenommen. In der Arbeitsgruppe Beamten- und Laufbahnrecht hat Kollegin Westphely mitgearbeitet. Die Arbeitsergebnisse wurden anschließend zusammengefasst und an den BBB zur Einarbeitung in die Stellungnahmen zur Bayerischen Dienstrechtsreform weitergeleitet. Bei der anschließenden Wahl wurde Gerlinde Woppmann für weitere fünf Jahre in ihrem Amt als Vorsitzende des Frauenausschusses bestätigt.

Claudia Westphely
Landesfrauenvertreterin

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Geschäftsstellen der Gerichte und der Staatsanwaltschaften

Beschränkter Einsatz von justizfremden Personen

In einem BJG-Schreiben an das Bayer. Staatsministerium der Justiz wurde ausgeführt, dass wir dem Entwurf bezüglich der justizfremden Personen nicht zustimmen können und ihn kategorisch ablehnen. Die sonstigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes haben keine Ausbildung für höherwertige Tätigkeiten in der Justiz. Wir sehen keine Veranlassung den § 153 GVG für diesen Personenkreis zu öffnen. Es ist für uns ein weiterer Schlag ins Gesicht für die bisherigen Urkundsbeamten der Geschäftsstelle. Wir sind der Meinung, dass sich in der Praxis dieses Bedürfnis bestimmt nicht so ergeben hat, um noch schneller zu arbeiten. Besser wäre es, mehr Justiz-Anwärterstellen zu schaffen, um den eventuellen Arbeitsüberhang dadurch abzubauen. Im übrigen verweisen wir auf die PEBB§Y-Zahlen, nach denen im Serviceeinheitsbereich Stellen abgebaut und umgewandelt werden in Richter- und Staatsanwaltschaften.

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

*Der Landesverband wünscht allen Lesern:
Fröhliche Weihnachten
und viel Glück im Neuen Jahr!*

Mit freundlichen Grüßen

Franz Eckert, Landesvorsitzender,
Reinhard Schatzl, stv. Landesvorsitzender,
Hans-Joachim Freytag, stv. Landesvorsitzender